

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich **schließe die Beratung.**

Die **Abstimmung** über die Stellenpläne ist eingebunden in die Abstimmungen über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 1998.

Ich verweise noch einmal darauf, daß der Einzelplan 13 - Landesrechnungshof - bereits gestern beraten wurde.

Ich rufe deshalb auf

**Einzelplan 12: Finanzministerium**

in Verbindung mit

**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**

und

**Haushaltsgesetz 1998**

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlungen** Drucksachen 12/2600, 12/2612 und 12/2616, **eröffne die Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Diegel das Wort.

(B)

**Helmut Diegel (CDU):** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Zu dieser etwas fortgeschrittenen Zeit stelle ich fest, daß wir eine gespannte Aufmerksamkeit haben. Ich denke, ich will und ich sollte Sie nicht allzusehr strapazieren,

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Das ist gut!)

insbesondere deshalb nicht - und das betrübt uns als Parlamentarier schon -, weil ich das, wenn die Regierungsbank hier nur mit zwei Ministern anwesend ist, hinsichtlich der Beratung der Einzelpläne 12, 20 und des Haushaltsgesetzes angesichts der Dynamik dieses Haushalts für ein absolutes Armutszeugnis halte.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Zwei sind krank!)

Ich denke, Herr Trinius, diese Regierung dokumentiert damit, wie wichtig sie die Haushaltsplanberatungen in diesem Bereich nimmt.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Ihr eigener Fraktionsvorsitzender ist auch nicht anwesend!)

Lieber Herr Trinius, es geht um den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung, die hier ein

Konzept vorstellt, zu dem ich feststelle, daß es bei diesen Haushaltsberatungen der letzten zwei Tage nichts anderes als Prügel bezogen hat. Das können Sie morgen in den Zeitungen in aller Ruhe nachlesen Herr Bajohr, und ich hoffe sehr, daß Sie die Änderungsvorstellungen, die die CDU-Fraktion hier in den letzten zwei Tagen eingebracht hat, auch ernst nehmen.

Nehmen Sie einfach einmal wahr, was Sie von Herrn Arentz gehört haben. Nehmen Sie einfach einmal wahr, was der Herr Meyer Ihnen zum Bereich Wirtschaft mitgeteilt hat. Und nehmen Sie doch bitte einfach mal die Sorge, die im Parlament geäußert worden ist, wahr, daß Sie hier **sehendes Auges** in einen verfassungswidrigen Haushalt hineinschlittern.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Meine Damen und Herren! Angesichts Ihrer Aufgeregtheit, Herr Trinius - derjenige, der schreit, kann kein Recht haben -,

(Reinhold Trinius [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

gehe ich davon aus, daß wir im Vollzug mit dem, **was wir** Ihnen in den letzten Wochen hier unterbreitet haben, auch entsprechend recht bekommen haben. Wir werden Ihnen zeigen - und Sie werden es im Vollzug erleben -, daß wir in der Lage sind, Ihnen das, was wir Ihnen heute und in den letzten Wochen gesagt haben, auch dementsprechend schriftlich zu belegen.

Ich hoffe sehr, daß Sie vielleicht die dritte Lesung dazu nutzen,

(Leo Dautzenberg [CDU]: Das können wir morgen schon im Ausschuß machen!)

sich mit uns gemeinsam an einen Tisch zu setzen und Einnahmen und Ausgaben in einen Gleichstand zu bringen. Bisher stelle ich nicht fest, daß Sie die Kraft dazu haben. Bei Ihnen regiert der Frust, aber Leider kein Wille zum Handeln.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege! - Tut mir leid, er hat seine Rede schon beendet.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Das war aber erbärmlich! Nur gut, daß die Öffentlichkeit nicht da ist!)

Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Meyer-Schiffer.

.) **Gisela Meyer-Schiffer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich zähle 12 Abgeordnete der CDU-Fraktion, die im Moment dabei sind, den Haushalt zu beraten, die Einzelpläne 12 und 20.

(Beifall der Brigitte Speth [SPD])

Wenn noch einer dazugekommen ist, bin ich gern bereit, 13 festzustellen. Das dokumentiert das Interesse der CDU-Fraktion in diesem Landtag an diesen Beratungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das im letzten Jahr erlebt. Da haben Sie zum Teil gar nicht mitgemacht. Herr Kollege Diegel, auch Ihre Rede hat deutlich gemacht, daß Sie in der Sache schon lange abgeschaltet haben und nicht mehr bereit sind, sich auseinanderzusetzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich würde die Beratung zu den Einzelplänen 12 und 20 sehr gern zum Anlaß nehmen, einige Aspekte darzustellen, die nicht oft genug angesprochen werden können. Mein Kollege Trinius hat hier im Rahmen der Ersten Lesung schon prophezeit, daß die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden noch in außerordentlich schwere Wetter geraten werden. Das ist bereits jetzt der Fall. Es gehört in einer solchen Situation zur besonderen politischen Verlässlichkeit dieser Landesregierung, die Planung für die kommenden Jahre entsprechend anzupassen. Wir müssen auf eine neue Situation reagieren. Das tun wir nicht panisch. Das tun wir auch nicht unsachlich, sondern mit großer Besonnenheit, mit Ruhe und Sachverstand.

(Leo Dautzenberg [CDU]: In der Ruhe liegt die Kraft!)

- In der Ruhe liegt die Kraft. Das ist völlig richtig, Herr Kollege. Das nehme ich gerne auf. - Wir werden die veränderten politischen Rahmenbedingungen mit einem Maßnahmenbündel versuchen in den Griff zu bekommen.

Deshalb sage ich noch einmal sehr gern und sehr deutlich: All das, was wir im Moment im Rahmen der Ergänzungsvorlage zu verkräften haben, sind Maßnahmen, die begründet sind in einer Politik, die uns in ein Desaster hineinführt und in Bonn betrieben wird. Die Maßnahmen haben damit zu tun, daß die Steuereinnahmen drastisch zurückgehen. Wir müssen allein im Landeshaushalt 1,7 Milliarden DM auffangen. Und wir müssen

durch veränderte politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen auch im Länderfinanzausgleich 300 Millionen DM zusätzlich erwirtschaften. (C)

Meine Damen und Herren, innerhalb von wenigen Monaten müssen wir allein in diesem Bundesland eine fremdverschuldete Situationsverschlechterung von über 2 Milliarden DM verkräften. Herr Kollege Diegel war nicht bereit, ein einziges Wort zu dieser Situation zu sagen.

Das Wichtige - das sage ich gern heute noch einmal deutlich - ist, daß die Situation in der gesamten Bundesrepublik zur Zeit problematisch ist. Die konjunkturelle Situation und der Einbruch nach 1993 sind bislang kaum aufgefangen. Das Wirtschaftswachstum ist außerordentlich bescheiden, und die Steuereinnahmen - es wäre schön gewesen, auch das heute noch einmal zu diskutieren - bleiben erheblich hinter diesem mageren Wachstum zurück.

Besonders das niedrige Lohn- und Umsatzsteuer-aufkommen ist auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die unser Land erheblich belastet, zurückzuführen. Einkommen- und Ertragssteuern sind daneben zu einer Restgröße geschrumpft. Das liegt nicht daran, daß etwa die Gewinne und Einkommen - das ist das Problematische - sinken. Der Grund dafür ist vielmehr, daß vorhandene legale Steuerkürzungen - das ist oft erläutert worden - bis aufs äußerste genutzt werden, natürlich im Rahmen von entsprechenden Gesetzen, die die Bundesregierung erlassen hat. (D)

Das ist die Bilanz von über 15 Jahren Verantwortung auch unserer Kollegen der CDU-Fraktion in Bonn. Es ist im Moment kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen, und es gibt keinerlei Perspektiven, wie man aus dieser Situation herauskommt.

In Nordrhein-Westfalen

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sieht alles ganz anders aus!)

werden wir auf diese schwierige Situation mit einer ganzen Reihe von Deckungsvorschlägen reagieren, die schmerzliche Einschnitte bedeuten. Die Landesregierung hat mit allergrößtem Fingerspitzengefühl in der Ergänzungsvorlage ein Bündel von Maßnahmen zusätzlich vorgeschlagen, das wir im nächsten Jahr umsetzen werden.

Wir müssen weiteres Landesvermögen veräußern. Wir werden weitere Landesbeteiligungen verkaufen. Wir müssen - das ist das große Problem, das

(Gisela Meyer-Schiffer [SPD])

- (A) auch in der Debatte vorhin beim GFG schon deutlich geworden ist - das GFG anpassen. Wir werden für alle Ressorts eine globale Minderausgabe erwirtschaften müssen - in nicht unerheblicher Höhe. Wir werden auch den Ansatz für Zinsen, für Kreditmarktmittel deutlich reduzieren.

Meine Damen und Herren, all das könnten wir uns ersparen, wenn die Bundesregierung in Bonn rechtzeitig Weichenstellungen vorgenommen und zeitnah auf drohende Einnahmeverluste reagiert hätte. Nichts dergleichen ist passiert.

(Beifall der Brigitte Speth [SPD])

Trotz schwieriger Bedingungen können wir dennoch in Nordrhein-Westfalen auch nicht ohne Stolz zum Beispiel auf unsere Finanzverwaltung blicken. Mit großer Motivation, unter hohem Einsatz und dem sparsamsten Einsatz der verfügbaren Ressourcen arbeitet diese Verwaltung äußerst effizient und vor allen Dingen schnell. Die Investition von knapp einer halben Milliarde DM im EDV-Bereich hat sich bereits ausgezahlt. Auch die Tatsache, daß Kernbereiche der Finanzverwaltung mittlerweile organisationsuntersucht worden sind und bevorstehende Umstrukturierungsprozesse jetzt langsam greifen, führt zu positiven Auswirkungen.

- (B) Unsere Finanzverwaltung - das möchte ich für die SPD-Fraktion noch einmal nachhaltig betonen - nimmt mittlerweile einen Spitzenplatz in der Bundesrepublik ein. Das läßt sich an einem Bereich deutlich machen, der von den Kollegen der CDU-Fraktion immer wieder kritisiert worden ist. Es handelt sich um die Steuerfahnder. Selbst da ist es trotz aller Probleme möglich gewesen, das Personal um 50 % innerhalb der letzten drei Jahre zu steigern.

Das sind ungeheure Kraftanstrengungen im Personalhaushalt. Meine Damen und Herren, Sie wissen genau, daß diese Kraftanstrengungen letzten Endes die Möglichkeiten der Länder erschöpfen. Die Bonner Fehlentwicklungen an dieser Stelle zu korrigieren, wird kaum noch möglich sein. Diese zeigen sich - das habe ich bereits angedeutet - in vielen Teilen des Einzelplans 20.

Ich komme damit zu meinem Ausgangspunkt zurück, den dramatisch wegbrechenden Steuereinnahmen, den Milliardenlöchern in unserem Haushalt und - das ist das Schlimme - in allen kommunalen Haushalten.

(Helmut Diegel [CDU]: Was tun Sie dagegen?)

Korrekturen sind dringend erforderlich. Ich erinnere an zwei Punkte. Der Bund hat versprochen, die Vermögenssteuerausfälle durch die Grunderwerbs- und Erbschaftssteuern zu kompensieren. Das Gegenteil ist eingetreten. Sie bleiben deutlich hinter früheren Einnahmen zurück. Ich erinnere daran, daß der Bund versprochen hat, die Änderung der Kfz-Steuer aufkommensneutral vorzusehen. Das Gegenteil ist der Fall. Es fehlt den Ländern über 1 Milliarde DM.

Meine Damen und Herren, wenn das die "aufkommensneutrale" Grundlage ist, die die Bundesregierung an dieser Stelle versprochen hat, dann frage ich mich bzw. ich frage mich eigentlich gar nicht mehr, warum so vieles in Bonn mittlerweile nicht mehr funktioniert.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Frau Kollegin, Herr Dautzenberg hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie sie noch?

**Gisela Meyer-Schiffer (SPD):** Gut. Drei Minuten habe ich noch.

**Leo Dautzenberg (CDU):** Frau Kollegin Meyer-Schiffer, wenn ich Ihrer Auffassung nicht gefolgt bin, würden Sie die Auffassung teilen, daß die Steuerreform um so dringender ist, um die Ausgangslage für die Einnahmen zu verbessern?

**Gisela Meyer-Schiffer (SPD):** Selbstverständlich, Herr Kollege. Sie wissen doch ganz genau, daß die SPD dazu bereit ist, zu einem vernünftigen gemeinsamen Vorschlag zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das jetzt auch auf unserem Parteitag deutlich gemacht. Wir sollten doch nicht so tun, als müßten die Probleme, die die Bundesregierung in Jahren produziert hat, jetzt allein durch die SPD-Vorschläge gelöst werden. Ich bin der Ansicht: Es ist Zeit, in Bonn eine Wende herbeizuführen. Die Regierung ist am Ende, sie ist pleite.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In dem Sinne wünsche ich mir auch die Veränderung in Bonn in den nächsten Jahren. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kollege Dr. Bajohr.

**Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollegin Meyer-Schiffer hat schon gesagt: Die Steuereinnahmen bleiben ganz erheblich hinter dem zurück, was prognostiziert wurde. Wir sind jetzt auch in der Situation, daß selbst die Lohnsteuer nicht mehr nur in ihrem Zuwachs langsamer steigt, als man prognostiziert hat, sondern die Lohnsteuer geht in ihrem tatsächlichen, nominalen Aufkommen zurück. Es gibt also direkte Einnahmerückgänge bei dieser Steuerart. Bei anderen Steuerarten sind wir es schon länger gewöhnt, daß es erhebliche Rückgänge gibt.

Die Hauptgründe dafür sind bekannt. Es ist die Massenerwerbslosigkeit, die an Brüningsche Verhältnisse erinnert, für die Kohl verantwortlich ist. Es sind die Steuersenkungen, die Senkungen der Steuersätze bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer. Es sind die Steuerstreichungen - das ist alles hier schon vielfach gesagt worden -; die Vermögensteuer ist weg, die Gewerbesteuer ist weg. Es sind die vielfältigen Abschreibungsmodelle, die von der Regierung Kohl geschaffen wurden, mit denen die Leute in riesigen Kutschen durch die Schlupflöcher hindurchrasen. Und es ist die Steuerhinterziehung in Rekordhöhe, die Personalverstärkungen notwendig machen würde; insbesondere müßten die Betriebsprüfer vermehrt und die Steuerfahndungsstellen ausgebaut werden. Dies werden wir auch wieder auf die Tagesordnung der Haushaltsberatungen 1999 setzen.

Dieses riesige Steuereinnameloch bestimmt auch die Haushaltspolitik in diesem Land. Wir stehen mit diesem Haushalt vor der Entscheidung: soziale Demontage oder Abkehr vom ursprünglich geplanten Konsolidierungspfad.

Wir mußten die Nettokreditermächtigung anders ausgestalten, als wir es im Jahre 1995, da dieses Unmaß von Steuerausfällen überhaupt noch nicht absehbar war, geplant hatten. Wir hatten vorgehabt, die Nettokreditermächtigung auf 4,2 Milliarden DM im kommenden Jahr festzusetzen. Wir werden bei 7,5 Milliarden DM landen. Das ist eine Steigerung auch gegenüber 1997 um noch einmal 254 Millionen DM.

Wir hatten am Anfang der Haushaltsberatungen, als wir auf unseren Koalitionspartner zugehen, noch gemeint, daß man es tatsächlich schaffen könne, wenigstens diese 254 Millionen DM abzubauen, so daß wir zu einer Überrollung der Nettokreditermächtigung kämen. Dann kamen die verheerenden Nachrichten mit der Steuerschätzung vom November, und damit zerplatzten all diese Hoffnungen, die wir in der Koalition gemeinsam hatten, natürlich wie eine Seifenblase. Da waren plötzlich über 2 Milliarden DM zu schultern, und da war dieses einfach nicht mehr machbar. (C)

Deswegen ist es auch unredlich, wenn uns von der Opposition im Land die Nettokreditermächtigung zum Vorwurf gemacht wird.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir hatten damals gemeint und meinen auch heute noch, daß man dennoch im erheblichen Umfang einsparen kann. Ich hatte vorhin schon gesagt: 550 Millionen DM könnten sofort seriös eingespart werden: 30 Millionen DM beim Landesstraßeneubau, 34 Millionen DM bei den Planungskosten für die Bundesfernstraßen, 100 Millionen DM durch eine geschicktere Komplementärfinanzierung von EU-Mitteln, die in die Wirtschaftsförderung gehen, d.h. statt Landesgeld wollten wir Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur einsetzen. (D)

(Leo Dautzenberg [CDU]: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Wir wollten einen Sparbeitrag leisten; wir wollten die sächlichen Verwaltungsausgaben vermindern.

(Reinhold Trinius [SPD]: Aber Unterhaltungsarbeiten an Hochschulkliniken!)

Diese hat der Finanzminister ja auch gerne für seine globale Minderausgabe kassiert. Und wir wollten knapp 60 Millionen DM an Restanten aus der Sparkommission verarbeiten, die ja unter dem Vorsitz des Finanzministers bis zum Frühsommer getagt hat.

Leider wurden diese Sparvorschläge von unserem Koalitionspartner nicht akzeptiert, obwohl der Kollege Matthiesen immer wieder sagte, es müsse grundlegend gespart und das Haushaltssystem grundlegend überprüft werden. Aber als wir dann darangehen wollten, war der Mut bei ihm nicht da.

(Zuruf von Brigitte Speth [SPD])

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Wir wollten aber nicht sparen, einfach um zu sparen. Kollege Trinius, das wissen wir beide ganz genau. Es geht nicht darum, zu sparen, weil wir Spaß daran hätten, sondern wir wollen Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft offenhalten. Wir wollen zukünftige Generationen nicht mit den Schulden von heute belasten. Die Zinslastquote beträgt bereits heute 9,2 % und ist damit fast so hoch wie die Investitionsquote. Wir wollen die Staatsverschuldung auch abbauen, weil Staats-schulden eine erhebliche Umverteilung bedeuten, eine Umverteilung von unten nach oben, Staats-schulden machen die Reichen reicher und die Ar-men ärmer.

Ein weiterer Grund ist die Verfassungsgrenze nach Artikel 83 der Landesverfassung. Dies ist allerdings eine eher formale Hürde. Im Haushalts-entwurf liegt die Nettokreditermächtigung immer-hin noch unter der Investitionssumme, allerdings knapp und mit gewissen Risiken für den Haus-haltsvollzug. Hier werden wir aufpassen müssen, daß der Haushalt nicht in Probleme gerät.

Allerdings sollte man diese Bindung an die In-vestitionen nicht überbewerten. Zu oft wird nicht beachtet, daß Investitionen in der Regel auch ganz erhebliche Folgekosten mit sich bringen. Wer sich für eine Investition entscheidet, müßte eigentlich auch gleich sagen, wie er die Folge-kosten bewältigen will, wie er sie erwirtschaften will, sonst sind Investitionen eine Reise in eine ganz, ganz ungewisse Zukunft.

- (B) Deswegen meinen wir auch, daß die geltenden rechtlichen Regelungen völlig fehlgehen. Die Zer-schneidung von Landschaften und die Versiege-lung von Böden durch Straßenbau gelten als In-vestition, die Entlohnung von Hochschul-lehrer/innen dagegen als konsumtive Ausgabe. Wir haben mehr als genug Straßen,

Deswegen meinen wir auch, daß die geltenden rechtlichen Regelungen völlig fehlgehen. Die Zer-schneidung von Landschaften und die Versiege-lung von Böden durch Straßenbau gelten als In-vestition, die Entlohnung von Hochschul-lehrer/innen dagegen als konsumtive Ausgabe. Wir haben mehr als genug Straßen,

(Leo Dautzenberg [CDU]: Was ist!)

die Menschen vor dem Landtag letzte Woche ha-ben nicht mehr Straßen gefordert, sondern sie haben Bildung gefordert, sie haben Professoren und einen Hochschulausbau gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nicht mehr Straßen gefordert, und da-für kriegen Sie auch nicht 40 000 Menschen hier auf die Straße; das wäre auch völlig verrückt.

Wer also nicht begreift, daß unser haushälter-isches System hier einen erheblichen Mangel auf-weist, dem ist unserer Meinung nach nicht mehr

ganz zu helfen. Immerhin gibt es Hoffnung: Die Defizitkriterien von Maastricht könnten die her-gebrachten und falschen Grundsätze ablösen. Die Bindung der Neuverschuldungsgrenze an die ge-samtwirtschaftliche Leistung wäre sicherlich sinn-voller als ihre Bindung an nutzlose Investitionen wie Autobahnen oder Transrapid.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Die Veräußerungen, die Frau Kollegin Meyer-Schiffer angesprochen hatte, stellen natürlich ein gewisses Problem dar. Frau Kollegin Meyer-Schiffer hatte ja in ihrer Rede vom März 1996 noch gesagt - Ich zitiere -:

(Oh-Rufe bei der SPD)

"Aus unserer Sicht darf jede so" - durch Ver-äußerung - "gewonnene Mark nur über die Sonderrücklage des Landes wieder in Projekte fließen, die ausschließlich als strukturverbes-sernde Maßnahmen aus dem Technologiepro-gramm, aus dem Grundstücksfonds weiterer Finanzierung bedürfen."

Dies ist im Prinzip richtig, und so wollten wir es auch machen. Frau Meyer-Schiffer hat dann wei-ter gesagt:

"Diese Verkaufserlöse aus Privatisierungen dürfen nicht im Haushalt ohne Effekt versik-kern."

Das waren damals - und es wären auch heute - die richtigen Einschätzungen,

(Leo Dautzenberg [CDU]: Aber?)

aber wir sind durch die Politik der Bundesregie-rung in eine Situation gekommen, in der wir tat-sächlich veräußern, nur um Löcher zu stopfen. Die Einnahmen werden für den laufenden Haus-halt verwendet, nichts geht in Rücklagen. Wir sind tatsächlich von dieser Bundesregierung an die Wand gefahren worden.

Wir hatten ja bereits im Nachtragshaushalt 500 Millionen DM veranschlagt für Verkäufe von Be-teiligungen und für Verkäufe von Forderungen. Wir brauchen uns nicht davor zu verstecken: Jetzt werden wieder Veräußerungen getätigt, nämlich 200 Millionen DM für Beteiligungen und 300 Millionen DM für die Veräußerung von Forde-rungen des Landes.

Man wird wohl nicht ganz darum herumkommen, aber man sollte überlegen, ob nicht besser als der Verkauf eines Flughafens die Erhebung eines an-

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

) gemessenen Entgelts der WestLB für die Nutzung des WfA-Kapitals wäre, denn 0,6 Prozent beziehungsweise 18,4 Millionen Deutsche Mark sind kein ernstzunehmender Beitrag. Deshalb gibt es ja den Streit mit den Privatbanken auf der Ebene der EU.

Es wäre auch nötig, eine angemessene Eigentumsbeteiligung des Landes an der WestLB zu institutionalisieren, denn nach der Einbringung des WfA-Kapitals hätte der Landesanteil erhöht werden müssen, und dies hätte bedeutet, daß das Land eine höhere Dividende ziehen könnte.

(Reinhold Trinius [SPD]: Darüber haben wir ausführlich gesprochen! Das gehört nicht hierher!)

Dies ist eine Einnahmemöglichkeit, über die man nachdenken muß.

Wir meinen, es gibt viele Möglichkeiten, Herr Kollege Trinius,

(Klaus Matthiesen [SPD]: Was hat er gesagt?)

und wir sollten sie anpacken. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Minister Kniola für die Landesregierung.

**Franz-Josef Kniola,** Innenminister (in Vertretung des Finanzministers): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war schon eine erstaunliche Debatte - vor allen Dingen, wenn ich den letzten Redebeitrag werte.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Das war eine spannende Rede!)

Ich muß sehr klar und deutlich sagen,

(Klaus Matthiesen (SPD): Wo ist denn der Petring? Der ist doch dafür zuständig! - Gegenruf des Leo Dautzenberg [CDU]: Hol ihn mal!)

wenn sich der Sprecher der GRÜNEN-Fraktion, Herr Dr. Bajohr, hier hinstellt und sagt, daß für 500 Millionen DM seriöse Kürzungsvorschläge gemacht worden seien, dann kann ich nur folgendes sagen: Aus früheren Verhandlungen kenne ich die Bezeichnung "Buschgeld" für unseriöse

Finanzvorschläge. Nun wissen wir, daß Kollege Busch vom Saulus zum Paulus geworden ist (C)

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Ich zahle bar!)

und inzwischen Weseler Erfahrungen vorbereitet.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Mit meiner Hilfe! Damit das hier ganz klar ist!)

- Hoffentlich reut Sie das nicht einmal.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Zum Nutzen des Landes.)

Nur: Es wundert mich, daß nun der Kollege Bajohr in diese Rolle geschlüpft ist. Denn, Herr Kollege Bajohr, Sie wissen doch ganz genau, daß der Kern Ihrer Vorschläge nicht mehr vorhanden war, als die Landesregierung einen Ergänzungshaushalt vorlegen mußte, in dem eine globale Minderausgabe von über 500 Millionen DM enthalten war. Da war doch der Kern Ihrer Kürzungsvorschläge nicht mehr existent. Wenn Sie dann immer noch von seriösen Vorschlägen reden, dann ist das in Wirklichkeit unseriös. Das muß ich hier klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will einen zweiten Punkt erwähnen, der ein bißchen über das hinausgeht, was hier im einzelnen angesprochen worden ist: Wir dürfen nicht so tun, als ob das, was wir an Steuermindereinnahmen zu verzeichnen haben und was hier eben mit dem Begriff "Steuerloch" bezeichnet worden ist, im wesentlichen eine Folge davon wäre, daß wir zuwenig Steuerfahndung betreiben würden. (D)

Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die eigentliche Ursache für einen ganz großen Teil dieser Steuermindereinnahmen eben legale Steuerschlupflöcher sind. Das heißt: Das, was der Ministerpräsident klar und deutlich als Scheunentor bezeichnete - es ist ja gar kein Schlupfloch mehr -, ist ein Scheunentor, über das man ganz legal über Abschreibungskünste seine Steuerschuld dramatisch reduzieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gleichwohl - dies hat in den Debatten mehrfach eine Rolle gespielt - ein Wort hier zu dem aussprechen, was an Fragen aufgeworfen worden ist, nämlich ob die Personalausstattung der Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung der aktuellen Arbeitslage gerecht würde.

(Minister Franz-Josef Kniola)

- (A) Bereits in der Plenardebatte am 19. November 1997 hat der Justizminister auf die Mündliche Anfrage des Kollegen Bensmann und den Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema ausführlich Stellung genommen und die personelle Entwicklung in den Finanzämtern für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung dargestellt.

Ich will das nicht alles wiederholen, aber doch einige Eckpunkte nennen. Soviel sei nochmals gesagt: Nordrhein-Westfalen hat keinen Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern. Im Gegenteil: Die Arbeitsgruppe "Personalbemessung" der Steuerverwaltung der Länder hat kürzlich die Parameter für das Jahr 2000 gegenüber dem Stand Januar 1997 fortgeschrieben und dabei insbesondere die zur Bewältigung größerer Fahndungsfälle erforderlichen Personalverstärkungen berücksichtigt. Sie kommt dabei für Nordrhein-Westfalen auf ein künftiges Soll von 590 Fahndungsprüfern. Dieser aus dem Verhältnis von Bruttowertschöpfung und Einwohnerzahl im Vergleich der Länder errechnete Wert wird zum 1. Januar 1998 mit einer Ist-Besetzung von 577 Steuerfahndern fast erreicht.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister.

(B)

Franz-Josef Kniola, Innenminister (in Vertretung des Finanzministers): Ich möchte gern im Zusammenhang vortragen.

Die Oberfinanzdirektionen sind darüber hinaus gehalten, im Laufe des Jahres 1998 die Zahl der Steuerfahnder auf das derzeitige Stellensoll von 650 Fahndungsprüfern aufzustocken. Im Bereich der Straf- und Bußgeldsachen ist das Stellensoll von 215 Bearbeitern bereits voll erreicht.

Die Landesregierung geht derzeit davon aus, daß die anhängigen Fälle mit dem erreichten Personalbestand zeitgerecht bearbeitet werden können. Zusätzliche Aufstockungen erscheinen im Moment an dieser Stelle nicht erforderlich. Wir haben hier keinen Fahndungsmangel.

Herr Diegel, Sie haben vorhin noch einmal die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieses Haushaltsentwurfs angesprochen. Herr Kollege Dr. Bajohr, mich hat nun wirklich geschmerzt, daß Sie eben gesagt haben, die Verfassungsgrenze sei ja nur eine Formalie. So können wir mit der Verfassungsgrenze nun wirklich nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das muß ich klar und deutlich sagen.

Herr Diegel, Sie haben eben behauptet, der nordrhein-westfälische Landesetat werde im kommenden Jahr die verfassungsmäßige Höchstgrenze der Neuverschuldung überschreiten.

(Peter Bensmann [CDU]: So ist es!)

Die Landesregierung gehe sehenden Auges in einen verfassungswidrigen Etat.

(Demonstrativer Beifall des Peter Bensmann [CDU])

Dazu will ich an dieser Stelle nur zwei Dinge sagen. Erstens: Die Frage, ob ein Haushalt verfassungsmäßig ist oder nicht, stellt sich im Stadium der Aufstellung, nicht im Stadium des Vollzugs; das wissen Sie ganz genau. So steht es im Gesetz. Im Haushaltsentwurf einschließlich der Ergänzung ist diese Verfassungsgrenze eindeutig eingehalten. Nach den Anträgen der Koalitionsfraktionen wird der Abstand sogar noch ein wenig größer. Wenn Herr Diegel zum jetzigen Zeitpunkt von Verfassungswidrigkeit spricht, führt er die Öffentlichkeit bewußt in die Irre.

Nun - zweitens - zum Haushaltsvollzug: Herr Diegel, Sie sind der Meinung, daß die Verfassungsgrenze durch den Haushaltsvollzug mit Sicherheit überschritten werde, und zwar wegen der globalen Minderausgabe in Höhe von 500 Millionen DM. Die globale Minderausgabe ist inzwischen sogar etwas höher als 500 Millionen DM.

Trotzdem braucht sich die Opposition keine Sorgen zu machen. Was Herr Diegel mit Sicherheit voraussetzt, ist in der Vergangenheit nie eingetreten. Auch im Vollzug war in Nordrhein-Westfalen noch nie ein Landshaushalt verfassungswidrig, weil die Neuverschuldung über den Investitionen gelegen hätte. Bisher haben wir die verfassungsrechtliche Grenze trotz globaler Minderausgaben immer eingehalten. Im Gegenteil hat das Instrument der globalen Minderausgabe durch seine disziplinierende Wirkung sogar dazu beigetragen, daß im Vollzug diese Grenze auch in den einzelnen Ressorts eingehalten wurde.

Damit habe ich, wie ich denke, Ihre Argumente, Herr Kollege Diegel, klar und deutlich widerlegt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Kollege Trinius.

A) **Reinhold Trinius (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon spät. Eigentlich könnte es auch ganz gemütlich sein. Aber wenn Sie, Herr Kollege Dr. Bajohr, meinen, Sie könnten hier die Koalitionsverhandlungen noch einmal öffentlich führen, muß ich doch ein paar Sachen richtigstellen.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch!)

- Das ist, wie ich glaube, dringend notwendig.

Erstens: Sie wissen, es war Ihr Vorschlag, die Stellenbesetzungssperre auf 15 Monate auszuweiten.

(Beifall bei der SPD)

Jedermann, der mit dem Haushalt zu tun hat, weiß, daß wegen der hohen Fluktuation an den Hochschulen die Stellenbesetzungssperre dort zu überproportionalen Verlusten führt. Das wußte jeder. Heute stimmt Frau Fitzek mit Enthaltung.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Unverschämt! Das ist das Doppelspiel, das Sie betreiben!  
- Weitere Zurufe von der SPD in Richtung GRÜNE)

Das finde ich nicht gut.

(Unruhe - Glocke)

Zweitens: So gemütlich der Abend ist und werden wird, Herr Kollege, ich muß Ihnen noch ein paar Hinweise geben. Jetzt verbreiten Sie erneut die Legende, 250 oder 220 Millionen DM bei den sächlichen Verwaltungsausgaben wären, wollte man nur - und die SPD habe nicht gewollt -, mühelos mit einem Federstrich zu sparen. Irrtum, Herr Kollege! Ich komme wieder zu Frau Fitzek

(Zuruf von der SPD: Mühelos!)

- Mühelos, mit einer kleinen Kraftanstrengung, mal eben so!

(Zuruf des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- Ach, Herr Kollege, man muß die Haushalte vergleichen. Wir sind doch ein Land, das aufgebaut ist. Sie wissen doch, wie schwierig der Übergang zu einer gesetzlichen Verwaltung ist, wie das Brandenburg praktizieren mußte. Dort gibt es doch eine gesetzliche Verwaltung von der Verfassung her erst seit sieben oder acht Jahren. Das wird in Brandenburg nach und nach aufgebaut.

Was ist denn mit "sächlichen Verwaltungsausgaben" gemeint? Jeder meint, das seien eine Schreibmaschine, ein Griffel, ein Anspitzer, ein paar Postgebühren und ähnliches. Irrtum! Darin erschöpft es sich nicht. Vielmehr ist die Unterhaltung von Gebäuden mit dabei. (C)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege.

**Reinhold Trinius (SPD):** Das heißt: wieder unsere Hochschulen, wieder unsere Kliniken, wieder die Verwaltungsgebäude, die wir haben. Dazu gehören die Mieten, und dazu gehört die Riesenportion - alles Fünfertitel - Hochschulbibliotheken.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Öffentlichkeitsarbeit!)

Deswegen habe ich Frau Fitzek, als sie bei den letztjährigen Haushaltsberatungen zu mir kam und sehr, sehr klagte

(Zuruf von der CDU: Wer ist das denn?)

- eine Kollegin hier aus dem Hause, Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses -, gesagt: Frau Fitzek, wir haben es nicht geschafft, wir konnten den Stefan Bajohr nicht überzeugen. (D)

Aber ich gebe Ihnen einen guten Rat: Legen Sie ihn auf den Amboß, und schmieden Sie ihn kalt.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege!

**Reinhold Trinius (SPD):** - Ich möchte keine Zwischenfrage zulassen.

Darauf hat Frau Fitzek gesagt: Sie sind aber grausam. Darauf habe ich ihr geantwortet: Deswegen vertraue ich ihn ja auch Ihren Händen an.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr gut!)

Nun komme ich zur Solidität der CDU:

Erstens. Die CDU begehrt 1 000 zusätzliche BAT-Stellen für Lehrer. Sie veranschlagt dafür 35 Millionen DM. Den Lehrer, den Sie mit 35 000 DM im Jahr nach BAT abspeisen können, müssen Sie mir einmal zeigen. Es gibt ihn nicht!



(Reinhold Trinius [SPD])

- (A) Ein Lehrer kostet nach BAT wahrscheinlich mindestens 100 000 DM im Jahr. Nun will ich einräumen, daß Sie die Summe für ein halbes Jahr veranschlagt haben.

(Zuruf von der CDU: Richtig, Herr Kollege!)

- Aber das haut immer noch nicht hin, Herr Kollege; Sie haben das 13. Monatsgehalt vergessen!

Hinzu kommt die Frage, wie die CDU diese Ausgaben decken will. Jeder ordentliche Haushalt enthält Personalverstärkungsmittel, die nahezu ausgekehrt werden. Sie können doch nicht behaupten, daß dies noch eine verantwortliche Dekkung ist. Das ist das Gegenteil! Denn ich muß ja in einem Haushalt auch Vorsorge treffen; es stehen Tarifverhandlungen und ähnliches an.

Zweitens. *Wir* nehmen die Verfassungsgrenze ernst. Nun will ich Ihnen sagen, wann die Verfassungsgrenze überschritten werden darf. Das habe ich schon ein paarmal getan. Die Verfassungsgrenze dürfen Sie unter einer einzigen Voraussetzung überschreiten - die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren klug -, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Sie erklären die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes und sagen, daß Sie diese Störung bekämpfen wollen und dafür brauchten Sie mehr Geld, und zwar sogar soviel Geld, daß Sie dabei die Verfassungsgrenze überschreiten müßten. Nur, wenn es so ist, und nur, wenn Sie das vorhaben, dürfen Sie die Verfassungsgrenze überschreiten. So sieht es aus.

- (B)

Ich darf die Überschreitbarkeit der Verfassungsgrenze auch nicht mißbrauchen. Ich darf nicht wie der Bund sagen: Es tut mir leid, ich komme mit dem Haushalt nicht klar, und jetzt erkläre ich, weil ich mich selbst in Haushaltsnöte gebracht habe, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, und schwupp, geht's über die Verfassungsgrenze hinaus. Handelte der Bund solide, dann hätte er gesagt: Die Störung des Gleichgewichtes geht von der hohen Arbeitslosigkeit aus, die wir bekämpfen müssen. Deswegen wären wir bereit, Geld über die Verfassungsgrenze hinaus einzusetzen, um das wieder in Ordnung zu bringen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Reinhold Trinius (SPD): - Sofort.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU - Herr Diegel mit sorgenvollem Gesicht, Verfassungsgrenze und so -, beantragen, 149 Millionen DM investiv veranschlagter Mittel als konsumtive Mittel im GFG auszugeben. Wer also diesem Vorschlag gefolgt wäre, hätte bei der Verabschiedung selbst einen verfassungswidrigen Haushalt produziert. Sie reden hier nicht mehr von der Einhaltung der Verfassungsgrenze!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion hat Kollege Diegel das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Das wird ja heute noch einmal richtig spannend,

(Loke Mernizka [SPD]: Hören Sie mal zu, damit Sie eine Ahnung kriegen! - Unruhe - Glocke)

vor allen Dingen, Herr Kollege Trinius, weil wir endlich einmal eine Debatte geführt haben, die deutlich macht, wie es bei Ihnen wirklich zugeht,

(Reinhold Trinius [SPD]: Nö!)

und zwar, wenn ich das hier so höre, richtig grausam!

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, mit tut der Ministerpräsident dieses Landes jetzt sogar schon richtig leid,

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh, oh!)

insbesondere dann, wenn die Kollegen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD erfahren, daß der WDR die Rücktrittsdrohung live mitgeschnitten hat, die im Arbeitskreis Umwelt getätigt worden ist und die von Herrn Clement so in Abrede gestellt worden ist.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Ich stelle nur fest, daß in diesem Hause die Unwahrheit gesagt wird und die Landesregierung ihre Glaubwürdigkeit verspielt, wenn Sie solche Aussagen machen.

(Beifall bei der CDU - Laurenz Meyer [CDU] zu Minister Wolfgang Clement: Schauen Sie sich das an; ich habe es gerade gesehen!)

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

.) Und wenn wir dann einmal bei den Wahrheiten sind ---

(Zuruf des Ministers Franz-Josef Kniola)

- Herr Kniola, nein, es sind keine selbstgestrickten Legenden. Gucken Sie sich Westpol an - es wird sicher in Ihrer Fraktion aufgezeichnet werden

(Laurenz Meyer [CDU]: Aktuelle Stunde!)

- oder Aktuelle Stunde.

Meine Damen und Herren, es war die Rede davon,

(Roland Appel [GRÜNE] an Laurenz Meyer [CDU]: Sie sind auch die Quelle für die Zeitung! - Unruhe - Glocke)

daß dieser Haushalt nicht verfassungswidrig ist.

(Roland Appel [GRÜNE]: Das haben Sie gesagt!)

- Nee, das hat Herr Kniola gesagt. Herr Kniola hat gesagt: Er ist nicht verfassungswidrig.

(Zuruf des Ministers Franz-Josef Kniola)

.) - Herr Kniola, ich denke, dann sollten wir hier auch die Karten auf den Tisch legen. Sie wissen so gut wie ich, daß Sie sich in diesem Haushalt einen Nebenhaushalt eingerichtet haben, einen Nebenhaushalt, in dem Sie die LEG-Anteile an die BVG veräußert haben und darüber 300 Millionen DM an Krediten aufgenommen haben. Diese 300 Millionen DM müssen Sie in einem ordentlichen Haushaltsverfahren als ordentliche Kredite aufnehmen und in den Haushalt einstellen, und dann ist dieser Haushalt schon vom Plan her verfassungswidrig.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das weiß Herr Kniola!)

- Das weiß er auch, das gibt er nur nicht zu.

Darauf hätten wir gerne Antworten, wenn es darum geht, sich mit uns gemeinsam an einen Tisch zu setzen und dafür zu sorgen, daß wir einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen.

(Minister Wolfgang Clement: Das machen wir nur, wenn Herr Waigel dazukommt!)

Sehen Sie, Herr Clement, ich glaube, daß sich Herr Schlußer und Herr Clement viel besser ver-

stehen als Sie möglicherweise mit irgendeinem (C) Minister der Bundesregierung.

(Minister Wolfgang Clement: Jetzt haben Sie sich aber vertan!)

Ich bin mir auch ziemlich sicher: Wenn die Pläne des Finanzministeriums hätten greifen können,

(Minister Wolfgang Clement: In jeder Beziehung haben Sie sich jetzt vertan!)

dann würde sich der Herr Oskar Lafontaine sehr wahrscheinlich in Saarbrücken einbuddeln.

Meine Damen und Herren! Im Vollzug - lassen Sie uns darauf ruhig auch einmal kommen, Herr Kniola ---

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, Herr Dr. Bajohr hat eine Zwischenfrage.

Helmut Diegel (CDU): Wer, Herr Bajohr? Immer!

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön!

(Das von Dr. Bajohr bediente Mikrophon funktioniert nicht.)

- Es ist eingeschaltet; es müßte funktionieren. (D) Schalten Sie es bitte noch einmal ein. - Dann versuchen Sie es beim Nachbarn!

(Zuruf: Verfluchte Technik! - Leo Dautzenberg [CDU]: Das ist der grüne Störfall! - Klaus Matthiesen [SPD]: Dann würde ich Ihnen immer den Saft abdrehen! - Schallende Heiterkeit bei der CDU)

Ich versuche es noch einmal zu erklären: Es genügt, einmal zu drücken. Versuchen Sie es einmal beim Nachbarn.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Nicht bei Rot drücken, bei Grün!)

- Jetzt versuchen Sie es einmal!

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Jetzt geht es!

(Allgemeiner Beifall)

Kollege Diegel, nachdem Sie von dem angeblichen Nebenhaushalt im Lande gesprochen haben - hätten Sie denn die Güte, dem Hohen Hause

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) einmal darzustellen, wieviel Nebenhaushalte, sprich: Schattenhaushalte, es auf Bundesebene gibt und welche es gibt

(Ah-Rufe von der CDU)

und wie das auf die Verfassungswidrigkeit des Bundeshaushalts wirkt?

**Helmut Diegel (CDU):** Also, Herr Kollege Bajohr: Wir befinden uns im Lande Nordrhein-Westfalen, und es stände auch Ihnen gut an, wenn wir uns mit diesem Landeshaushalt viel mehr beschäftigen würden als mit Ihren Argumenten, die Sie nach Bonn schleudern.

(Beifall bei der CDU - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ich habe nur eine Frage gestellt!)

Aber wenn ich das ernst nehmen wollte, was Sie in Ihrer Fragestellung beabsichtigen, oder das, was Frau Meyer-Schiffer gesagt hat, oder das, was Herr Trinius zu erklären versucht hat, dann frage ich mich: Warum gibt es überhaupt noch einen Finanzhaushalt in Nordrhein-Westfalen, wenn ohnehin alles aus Bonn fremdbestimmt wird? Glauben Sie nicht selber, daß wir eigene Aktivitäten, eigene Kreativität und eigenes politisches Wollen einmal hier in die Waagschale werfen sollten, um den Karren aus dem Dreck zu fahren?

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich kann mich übrigens gut daran erinnern, Herr Bajohr, daß Ihre Fraktion in Bonn in Sachen Steuerreform ein schlüssigeres Konzept als die SPD-Fraktion in Bonn hatte, das unserem sehr nahe kam. Ich möchte auch daran erinnern ---

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Diegel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Helmut Diegel (CDU):** Davon war die Hälfte der Zeit ein Probieren an den Mikrofonen.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Gut, das stimmt. Dann geben wir noch zwei Minuten dazu.

**Helmut Diegel (CDU):** Ich möchte auch daran erinnern, Herr Bajohr, daß wir Anträge zum aktiven Immobilienmanagement vorgelegt haben, bei de-

nen ich gespannt bin, wie die Landesregierung damit umgeht, und zu der Frage, wie wir mit Investitionen in diesem Landeshaushalt etwas bewegen können. Ihre Fraktion und die Fraktion der SPD haben hierzu nichts vorgelegt.

Wir haben Ihnen bewiesen, daß man sowohl auf der Ausgabenseite wie auch auf der Einnahmenseite, wenn man denn nur will, etwas bewegen kann. Wir haben Ihnen gezeigt, daß wir durch das Investitionsprogramm in der Lage sind, in diesem Haushalt auch dafür zu sorgen, daß nicht nur Arbeitsplätze neu geschaffen werden, sondern daß auf der Steuereinnahmenseite zusätzlich Steuerquellen sprudeln können.

Sie haben dazu nicht die Kraft. Sie haben uns nur, wie es uns vorhin Herr Trinius einmal so offen dargelegt hat - dafür sind wir sehr dankbar -, gezeigt, wie es in den Diskussionen bei Ihnen hinter den Kulissen in Wirklichkeit zugeht. Sie blockieren nicht nur in Bonn, Sie blockieren sich auch hier - und das ist schade für dieses Land, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über den Einzelplan 12 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/2612 abstimmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan 20 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/2616 ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 1998 und somit zur Gesamtabstimmung in zweiter Lesung entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/2600. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

- ) Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Haushaltsentwurf 1998 in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

(C)

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende unserer Haushaltsberatung zur zweiten Lesung. Zur Vorbereitung der dritten Lesung lasse ich über die Rücküberweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998 an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1998 in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen und somit der Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen früh, 10.00 Uhr, wieder ein und wünsche allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

) Schluß: 19.22 Uhr

(D)

\*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

Anlage

16. Dezember 1997/Ausgegeben: 19. Dezember 1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.